

Betriebsräte warnen vor Sparpolitik von Bund und Bahn

(rn | 29.06.2005) Tausende Arbeitsplätze in der Bahnindustrie sind durch die Investitionszurückhaltung von Deutscher Bahn AG und Mittelkürzungen der Bundesregierungen gefährdet. In der Region SüdOstNiedersachsen sind bei den Unternehmen Siemens TS, Bombardier und Alstrom LHB ca. 6500 Menschen in diesem Bereich tätig. Fehlende Investitionen gefährden einen Teil dieser Arbeitsplätze.

Ursula Weisser, Betriebsratsvorsitzende bei Siemens TS und Mitglied im IG Metall-initiierten Branchenausschuss Bahnindustrie, sieht die Situation folgendermaßen: „Die Bahn hat seit 2004 keinen nennenswerten Auftrag mehr ausgeschrieben. Dieses ist im Wesentlichen auch auf Kürzungen von Bundesmitteln zurückzuführen.“ Diese Entwicklung habe bereits zum Abbau von einigen Arbeitsplätzen in der Branche geführt. Der Branchenausschuss Bahnindustrie hat sich daher an Mitglieder des Bundestages gewandt und diese um Stellungnahme zur Investitionspolitik in Sachen Bahn gebeten. Die Antworten waren leider zumeist sehr zurückhaltend. Gerade vor den Bundestagswahlen wollen daher die Mitglieder des Branchenausschusses Bahnindustrie selbst auf die prekäre Situation hinweisen.

„Die Zukunft der Bahn wird grundsätzlich von der Politik entschieden“, betont Ursula Weisser. Investitionen in diesem Bereich seien keine Subventionen, sondern Aufgabe der grundgesetzlich geregelten Daseinsvorsorge. Deshalb fordern die im Branchenausschuss Bahnindustrie zusammengeschlossenen IG Metall Betriebsräte die Verkehrspolitik dazu auf, sich für das Verkehrsmittel Bahn einzusetzen und so Arbeitsplätze zu sichern.

Eva Stassek, 2. Bevollmächtigte der IG Metall Braunschweig: „Wir als IG Metall sind Initiator des Branchenausschuss Bahnindustrie. Ziel dieses bundesweiten Zusammenschlusses von Arbeitnehmerinteressenvertretern aus der Bahnindustrie ist, Einfluss auf Entscheidungsträger in Politik und Unternehmensleitungen zu nehmen. So wollen wir Innovationen hervor bringen und Investitionen sowie die daran hängenden Arbeitsplätze im Bereich Bahnindustrie sichern.“

Generell leide die Binnenwirtschaft an Nachfragerückgang und Kaufkraftschwäche, so Eva Stassek weiter. Öffentliche Investitionen müssten daher zur Stützung der Binnenwirtschaft eingesetzt werden. Diese Investitionen sollten in Sektoren wie Bildung, Gesundheit und eben öffentlicher Verkehr fließen. Ein weiterer Aspekt sei die Innovationsfähigkeit der Verkehrsregion SüdOstNiedersachsen. Hier sind weiterhin Innovationen nötig, die nur die hier vor Ort kooperierenden Unternehmen erbringen können. Dies geschehe aber nur, wenn die politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen zugunsten der Bahnindustrie und der dort Beschäftigten gestaltet werden.